

DER STACHEL

Zeitschrift des Juso-Kreisverbandes Rendsburg-Eckernförde

23. Jahrgang
Dezember 2006



**INTERVIEW MIT
RALF STEGNER**

Der Stachel pickst wieder!

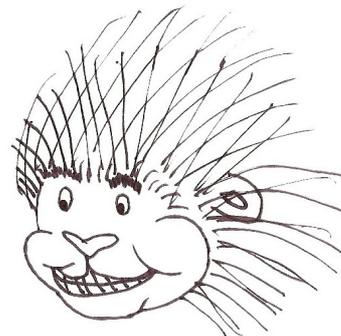
Inhalt

Inhalt & Impressum	Seite 2
Vorwort	Seite 3
Pro & Contra: Cannabis-Legalisierung	Seite 4-5
Genosse Nachwuchs: „Mitgestalten ist spannender als Zusehen“	Seite 6
Stachel-Interview mit Ralf Stegner	Seite 7-10
Kommentar: NPD - Wie sinnvoll ist ein Parteienverbot?	Seite 11
Vorstellung Kreisvorstand	Seite 12-13
Kreisverband: Bericht vom POL&IS - Planspiel	Seite 14-15
Vorstellung Landesvorstand	Seite 15
Otto Wels - Ein bedeutender Sozialdemokrat	Seite 16-17
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold	Seite 17-18
Knallhart nachgefragt bei Sönke Rix & AG-Adressen	Seite 19
Die Rückseite: Bet' und arbeit'	Seite 20

Impressum

Herausgeber: Juso-Kreisverband Rendsburg-Eckernförde, Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel
Chefredaktion: Sina-Marie Weiß, Klausdorfer Str. 47, 24161 Altenholz, sina.marie.weiss@gmx.de (V.i.S.d.P.)
Redaktion: Elena Pieper, Lea Witzig, Götz Borchert, Lasse Mempel (jusos_rd-eck@web.de)
Layout: Sascha Paetznick
Auflage: 800
Druck: Schreiber Druck, Feldstraße 7, 24105 Kiel

Liebe Leserinnen und Leser,



ihr haltet nun die erste Ausgabe des STACHELS seit einigen Jahren in euren Händen. Mit diesem Heft wollen wir die gute alte Tradition unserer Juso-Kreisverbandszeitung wieder aufnehmen.

In dieser Ausgabe möchten wir vor allem den Kreisvorstand vorstellen, aber auch über Geschehenes berichten. Wir geben zudem neuen Genossinnen und Genossen sowie den Orts-AGs und dem Landesverband die Gelegenheit interessante Beiträge beizusteuern. Außerdem bieten wir euch in der vorliegenden Ausgabe weitere informative Artikel zu politischen Themen.

Dass Ralf Stegner im März nächsten Jahres für den SPD-Landesvorsitz kandidieren wird, war für uns ein Grund mehr mit ihm ein ausführliches Interview zu führen und die Person, die politischen Schwerpunkte und persönlichen Ansichten unseres Innenministers einmal genauer kennen zu lernen.

Bevor wir dann am Schluss zum Singen eines traditionsreichen Arbeiterliedes einladen (gerade in der Weihnachtszeit sollte dafür Raum sein), haben wir uns erlaubt „unserem“ Bundestagsabgeordneten noch einige kurze Fragen zu stellen.

Der STACHEL soll in Zukunft zweimal jährlich erscheinen und stets einen inhaltlichen Schwerpunkt behandeln. Natürlich wird jedoch auch weiterhin für Berichte über die Arbeit vor Ort und weitere Beiträge Platz sein.

Über Leserbriefe würde sich unsere Redaktion übrigens sehr freuen!

Wir wünschen allen STACHEL-Leserinnen und Lesern ein schönes Weihnachtsfest und freuen uns euch 2007 den nächsten STACHEL präsentieren zu dürfen.



**Für die STACHEL-Redaktion
Götz Borchert**

Legalisierung von Cannabis

Für eine ehrliche und soziale Drogenpolitik!

Das Bedürfnis sich einem Rausch hinzugeben darf als ein weit verbreitetes Grundmotiv in der menschlichen Kultur bezeichnet werden. Bereits die Urvölker brauten mit Hilfe von Wildhefe Bier und kelterten Wein. Ein Bedürfnis, welches sich auch in unseren heutigen Industriegesellschaften keinesfalls verflüchtigt hat. Vielmehr gehören legale Drogen wie Alkohol und Tabak zum Deutschen Alltag. Neben diesen gesellschaftlich akzeptierten Genussmitteln werden jedoch auch illegale Drogen wie Kokain, Heroin, LSD, Ecstasy und schließlich auch Cannabis konsumiert.

Die Ungleichbehandlung, die der deutsche Staat Cannabis im Vergleich zu den legalen Drogen angedeihen lässt, soll hier Thema sein.

Während sich jedermann problemlos im Supermarkt nebenan mit Alkohol und Zigaretten versorgen kann, ist der Besitz, das Mitführen und der Verkauf von Cannabis -paradoxaer Weise der Konsum nicht - unter Strafe gestellt.

Die Konsumenten müssen sich dieses also heimlich auf dem Schwarzmarkt beim Dealer besorgen.

Cannabis ist die am weitesten verbreitete illegale Droge in Deutschland. Jeder vierte Jugendliche hat sie bereits mindestens einmal probiert, 9,2 Millionen Deutsche haben Erfahrungen mit Cannabis (Drogenbericht der Bundesregierung 2006).

Fragt man nun nach den Gründen, die diese Ungleichbehandlung in Erhältlichkeit und staatlicher Ahndung rechtfertigen, könnte man zunächst an eine größere Gefährlichkeit des Konsums von Cannabis denken.



Laut der Bundesdrogenbeauftragten, MdB Sabine Bätzing gibt es jährlich 110.000 tabakbedingte und 40.000 alkoholbedingte Todesfälle in der Bundesrepublik Deutschland. Dem gegenüber ist bislang kein einziger Todesfall durch Cannabis nachgewiesen.

Cannabis hat Effekte auf Herz und Kreislauf, sowie auf die Merkfähigkeit und kognitive Leistung. Bei Genuss eines Joints entsprechen die Leistungseinschränkungen einem Blutalkoholgehalt von ca. 0,5 bis 1 Promille, die interindividuelle Varianz ist jedoch hoch. Cannabis führt bei 10% der schweren Konsumenten zu einer Abhängigkeit (Alkohol 15%, Nikotin 32%), ein im Vergleich also niedrigeres Abhängigkeitslevel. Im Gegensatz zum Alkohol tritt unter Einfluss von Cannabis Gewaltkriminalität kaum auf. Dessen sedierender Effekt wirkt

Aggressivität vielmehr entgegen. Einige Cannabisgegner führen ins Feld, dass dieses Auslöser beziehungsweise Begünstiger für Schizophrenie sei. Dem steht die Tatsache entgegen, dass trotz deutlich gestiegener Nutzerzahlen keine vergleichende Prävalenz (Krankheitshäufigkeit) von Psychosen in der Bevölkerung auftrat.

Resümiert man diese Daten, kommt man zu dem Schluss, dass wir es mit drei Rauschmitteln zu tun haben, die durchaus negative Nebeneffekte im Konsum mit sich bringen. Überraschenderweise ist jedoch gerade Cannabis, welches im Gegensatz zu Alkohol und Nikotin weniger gefährliche negative Auswirkungen hat, kriminalisiert.

Die Konsequenzen dieser im Kontext der obigen Ergebnisse irrationalen Kriminalisierung sind vielfältig. Zunächst verspielt der Staat die Möglichkeit die Abgabe von Cannabis zu

kontrollieren. Auf dem Schwarzmarkt wird gesundheitsgefährdender, gestreckter Stoff gekauft, keinerlei Art von Qualitätskontrolle schützt den Konsumenten davor. Weiterhin ist die Aufrechterhaltung des Verbotes teuer. Polizisten, Staatsanwälte und Richter verbringen ihre Zeit damit ansonsten unbescholtene Bürger wegen Cannabisdelikten zu verhaften und zu bestrafen – Zeit und Geld, welches mit Sicherheit sinnvoller eingesetzt werden kann. Der Verkauf von Cannabis auf dem Schwarzmarkt ist weiterhin ein lukratives Geschäft für die organisierte Kriminalität. Die

durch das Verbot hohen Preise des Stoffes garantieren großen Gewinn. Diese und viele weitere Argumente sprechen für einen Wandel in unserer Drogenpolitik. Es geht darum die Konsumenten zu entkriminalisieren und das Beste für ihre Gesundheit zu tun. Hier zeigen sich mit Entkriminalisierung und Legalisierung eine kurz- und eine langfristige Perspektive auf. Zunächst ist eine Entkriminalisierung - wie in den Niederlanden seit langem praktiziert – anzustreben. Dort wird in Coffeshops und Apotheken der Verkauf kleinerer Mengen Cannabis bis zu Fünf Gramm

toleriert. Der Verkauf ist an die Abgabe an erwachsene Personen und an ein Werbeverbot gebunden.

Die Legalisierung von Cannabis dagegen ist eine ungleich schwerere Aufgabe. Hierzu müsste Cannabis aus dem Betäubungsmittelgesetz gestrichen werden, eine Maßnahme, die nicht mit dem internationalen Einheitsabkommen von 1961 vereinbar wäre. Entweder müsste Deutschland aus diesem Abkommen austreten oder eine Revision dieses Abkommens erreichen.

Lasse Mempel

Der Einstieg in die Abhängigkeit

„Macht ja nicht abhängig“, „weniger gefährlich als Alkohol“, „die Kriminalität würde sinken“, „in Holland klappt es doch auch“, „es gibt keine Gefahren“, ...

All das sind Sprüche, die man immer wieder zum Thema Cannabiskonsum und der Legalisierungsfrage hört. Aber ganz so einfach ist das nicht!

Cannabis wird oft von Jung und Alt unterschätzt. Die Zusammenarbeit mit Menschen, die unter Folgeerkrankungen auf Grund von Cannabiskonsum leiden, zeigt, dass es durchaus eine gefährliche Droge ist.

Die Problematik bei der Konsumierung von Cannabis ist das langsame Abrutschen in die Abhängigkeit. Auf Partys und bei Treffen mit Freunden wird mal ein Joint geraucht, später fällt einem dann auf, dass man wunderbar damit einschlafen kann. Nach und nach finden sich immer mehr Gründe für den THC-Konsum: der Einstieg in die Abhängigkeit! Immer



öfter treten jetzt die Schlafprobleme auf. Dass diese nun vom Konsum des THC's kommen können wird aber nicht realisiert. Man verändert sich in seiner Art, viele Dinge werden einem zunehmend egal. Man vernachlässigt z.B. die Schule, verspätet sich bei Terminen, auch die körperliche Hygiene scheint nicht mehr wichtig. Weiterhin kapseln sich viele ab oder frühere Freunde fangen an den Kontakt zu meiden. Bei häufigem Konsum kann es zu verstärkten Symptomen kommen. Auf Grund von immer wieder zugeführten Rauschstoffen und der langen Halbwertszeit reagiert der Körper immer stärker. Dabei kön-

nen sich unter Umständen misstrauisch-dysphorische Verstimmungszustände, die Tage bis Wochen anhalten, auftreten. Aber auch schizophreieartige Psychosen paranoid-halluzinatorischer Art können auftreten. Die Konsumenten können sich also verfolgt fühlen, hören vielleicht Stimmen, verkennen Gegenstände oder Menschen bzw. verarbeiten sie wahnhaft. Weitere Begleiterscheinungen können auftreten, der Griff zu stärkeren Drogen wie Heroin, Kokain ist jetzt nicht mehr weit.

Es gibt viele Menschen, die Cannabis nur gelegentlich konsumieren und mit einer Legalisierung zurechtkommen würden. Andere hingegen sind schnell nicht mehr in der Lage die Menge des Konsums zu steuern. Genau diese Menschen müssen geschützt werden. Deshalb ist eine Legalisierung von Cannabis falsch.

Lea Witzig

Mitgestalten ist spannender als Zusehen!

Wieso sind junge Menschen bei den Jusos aktiv? Die Frage ist schnell beantwortet: Sie wollen mitgestalten und Verantwortung übernehmen! Meine Entscheidung aktiv zu werden fiel schon in der 10. Klasse, als wir zum ersten Mal die Nachkriegspolitik der Bundesrepublik Deutschland behandelten. Es war einfach nur schockierend zu erfahren,

wie die CDU die Teilung Deutschlands indirekt gefördert hat, während eine Partei wie die SPD gute Konzepte besaß diese Teilung Deutschlands schon im Frühstadium zu verhindern. Ich fragte mich, wieso damals so viele Fehler gemacht wurden und wie man so etwas in Zukunft verhindern kann. In meinem jugendlichen Pessimismus dachte ich allerdings zunächst, dass ich eh nichts machen kann, um meine Vorstellungen und Wünsche in

in die Politik einzubringen. Ein Jahr später beschäftigte ich mich dann ausführlich mit dem Parteiensystem Deutschlands. Nachdem ich mir die jeweiligen Grundsatzprogramme angeschaut hatte und miteinander verglich, sah ich ein, dass nur eine Partei, die SPD, ein vernünftiges Weltbild besitzt und dieses auch umsetzen kann. Da war für mich klar: ich muss in die SPD eintreten. In meinem Umfeld war es zwar sehr „hip“ ge-

gen bestimmte Themen wie z.B. Studiengebühren zu sein, sich aber in politischen Organisationen zu engagieren war überhaupt nicht „cool“. Diese Politikverdrossenheit wird schon im Elternhaus und natürlich über diverse Medien vermittelt. Es ist für Jugendliche heute wohl nicht die alltäglichste Entscheidung sich poli-



tisch zu engagieren, aber irgendwann muss man jawohl mal anfangen. Ich entschied mich nicht länger über die Entscheidungen anderer zu jammern, sondern selbst aktiv an der Entscheidungsfindung teilzuhaben.

Nach einer gewissen Zeit in der SPD war ich begeistert von der Partei und ihren Unterorganisationen, vor allem die Arbeitsgemeinschaft der Jusos hatte es mir besonders angetan. Ich

besuchte also eine Mitgliederversammlung der Jusos, auf der ich sehr herzlich empfangen wurde. Alle waren unglaublich nett und animierten mich dazu weiter bei den Jusos aktiv zu werden. Gemeinsam mit weiteren Genossinnen und Genossen erlebte ich den politischen Alltag bei den Jusos. Ich konnte mit anderen Personen

vernünftig über das aktuelle Tagesgeschehen diskutieren und man fand gemeinsam Lösungsvorschläge, welche wir in höhere Parteigremien einbrachten und somit die Politik der gesamten Partei beeinflussten. Aber nicht nur Diskussionen und politische Arbeit fand ich bei den Jusos, sondern auch viele Freunde mit denen wir gesellige Abende veranstalteten, auf denen ich sehr viel Spaß hatte.

Heute bin ich sehr aktiv auf Kreisebene der Jusos und in der Orts-AG, ich habe es bis heute nicht bereut der SPD, beziehungsweise den Jusos, beigetreten zu sein.

Thomas Stegemann

„Wir sind eine Abschreibungsgesellschaft“

Dr. Ralf Stegner ist Mitglied des Landtages und Landesinnenminister. Auf dem Parteitag im März 2007 wird er für den Landesvorsitz der SPD Schleswig-Holstein kandidieren. Für den STACHEL Grund genug sich mal etwas näher mit Ralf zu beschäftigen. Im großen STACHEL-Interview spricht Ralf Stegner über Integrationspolitik, Rechtsextremismus und die Probleme der SPD.

STACHEL: Wir befinden uns ja momentan mitten in der Debatte zum neuen Grundsatzprogramm. In diesem Zusammenhang müssen auch die Grundwerte der SPD wieder neu definiert werden. Was bedeuten die Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität für dich ganz persönlich?

Ralf: Ich will es mal in umgekehrter Reihenfolge sagen. Solidarität gehört auf jeden Fall zur SPD dazu. Die SPD ist ohne Solidarität nicht vorstellbar und Solidarität heißt zum Beispiel, dass wir uns darum kümmern müssen, dass unser Staat ein sozialer Staat bleibt und dass die wesentlichen Lebensrisiken, die die Menschen haben, abgesichert werden. Das ist Teil einer solidarischen Gesellschaft.

Gerechtigkeit ist sozusagen der Markenkern der SPD, insbesondere soziale Gerechtigkeit. Wenn die SPD dafür nicht mehr eintreten würde, dann bräuchte es sie nicht. Die Gerechtigkeit ist für die Volkspartei SPD das A und O.

Freiheit wird teilweise bei uns ein bisschen unterschätzt, von anderen aber überschätzt. Ohne Gerechtigkeit und Solidarität ist Freiheit wenig

wert. Ohne Freiheit würden wir allerdings in einem Staat leben, in dem wir nicht leben wollen. Freiheit heißt zum Beispiel auch, dass man Menschen in eine Lage versetzen muss, in der sie auch eine Perspektive haben, diese Freiheit zu nutzen. Es gibt sehr viele Menschen, die für sich eine solche Perspektive nicht mehr sehen, die den Eindruck haben, sie werden nicht gebraucht. Also Freiheit alleine nützt nichts, aber ohne Freiheit ist das Leben auch nicht erträglich. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gehören untrennbar zusammen.

STACHEL: Findest du, dass es der SPD-Spitze in der Praxis gelingt, die Parteibasis in die Erarbeitung des neuen Grundsatzprogramms wirklich mit einzubeziehen?

Ralf: Ich finde nicht, dass das Aufgabe der Spitze ist, sondern es ist Aufgabe der Partei, dafür zu sorgen, dass es geschieht. Ich bin Teil des Parteivorstandes, aber genauso Mitglied des Landesverbandes Schleswig-Holstein und ich habe schon an mehreren sehr interessanten Runden zu diesem Thema teilgenommen. Es gibt vielfältig Gelegenheit, sich an der Diskussion zu beteiligen. Insofern liegt es an der Parteibasis selbst, in wie weit sie das tut. Wenn sie sich vorschreiben ließe, sich nicht zu beteiligen, wäre sie selbst Schuld. Wir sind ja keine autoritäre Partei, wie andere, und deshalb gehören immer zwei Seiten dazu. Aber wir haben ja noch über ein Jahr Zeit, zu diskutieren, und die sollten wir nutzen.

STACHEL: Die Auslegung des Freiheitsbegriffes ist ja auch insofern von großer Aktualität, als dass nach den

verhinderten Terroranschlägen von Koblenz und Dortmund über verschärfte Sicherheitsmaßnahmen diskutiert wird. Als Stichworte wären da Videoüberwachung zu nennen oder auch die Anti-Terror-Datei, die du ja auf der Innenministerkonferenz mit beschlossen hast. Wo genau ist für dich die Grenze solcher Maßnahmen hin zum Überwachungsstaat? Was könntest du an verschärften Sicherheitsmaßnahmen noch mittragen und was nicht?

Ralf: Die SPD ist eine Volkspartei und damit muss sie begreifen, dass es auch Teil unserer Verantwortung ist für die Sicherheit von Menschen zu sorgen, zumal die meisten Opfer von Verbrechen nicht die sind, die sich einen privaten Sicherheitsdienst leisten können und mit gepanzerten Dienstwagen fahren, sondern es sind ganz normale Menschen. Deswegen dürfen wir das mit der Sicherheit nicht anderen überlassen. Aber die Antworten auf Bedrohungen müssen immer verhältnismäßig bleiben. Absolute Sicherheit kann es nicht geben, das wissen wir. Dem Terrorismus kommt man nicht mehr allein mit Polizei und Verfassungsschutz bei, sondern man muss ihm auch den Boden entziehen. Dazu gehört für mich zum Beispiel eine vernünftige Außen- und Entwicklungspolitik, sodass auch Bevölkerungen in bestimmten Ländern nicht anfällig für terroristisches Gedankengut werden. Wenn zum Beispiel die Palästinenser keine Perspektive haben und im Elend leben, ist die Gefahr, dass vor allem junge Leute in der Bevölkerung sich instrumentalisieren lassen, groß. Die

Devise muss lauten: Auf den Terrorismus und seine Gefahren muss entschlossen reagiert werden, aber auch besonnen. Was für mich nicht in Frage kommt, ist der Bundeswehreininsatz im Innern. Was für mich nicht in Frage kommt, ist eine Verhaftung ohne Grund. Auch wenn Otto Schily mal dafür gewesen ist. Ein weiterer, völlig inakzeptabler Punkt sind irgendwelche Quizveranstaltungen à la Günther Jauch für Einbürgerungswillige, die für Deutsche teilweise kaum zu lösen wären. Die Anti-Terror-Datei habe ich nur unter der Wahrung von Verfassungsvorgaben wie der Trennung von Polizei und Verfassungsschutz oder Schutz der Quellen mit vertreten. Bei Videoüberwachung sage ich: An Brennpunkten ja, aber flächendeckend nein. Ich will die Menschen nicht in ihrem Privatleben ausforschen, ich möchte auch nicht, dass Menschen pauschal wegen ihrer Herkunft oder Religion verdächtigt werden. Man hat aber bei den letzten Verhaftungen auch gesehen, dass die Videokameras etwas gebracht haben.

STACHEL: Sind islamistische Strömungen und Gruppierungen in Deutschland, von denen eine potentielle Terrorgefahr ausgeht, auf ein Versagen der deutschen Integrationspolitik zurückzuführen?

Ralf: Ich glaube, wirkliche Integrationspolitik ist ein eher neues Phänomen. Ich habe schon früher bei der Innenministerkonferenz dafür geworben, und jetzt hat der Bundesrat Leitlinien beschlossen, die zu 90% dem entsprechen, was ich vorgelegt habe. Insofern geschieht da jetzt endlich etwas. Aber Integrationspolitik ist kompliziert und besteht nicht nur aus Ausländerrecht, sondern auch aus sozialer Wohnungspolitik in den Städten, vernünftiger Bildungspolitik in

Kindergärten und Schulen, der Frage nach Toleranz auf der einen und Spielregeln auf der anderen Seite. Es darf keine falsche Toleranz geben, wenn ganz klare Spielregeln wie Meinungs- oder Religionsfreiheit missachtet werden. Umgekehrt gilt aber auch, dass ich mit ausgestreckter Hand auf die Menschen zugehen muss. Man kann zum Beispiel nicht verlangen, dass jemand Deutsch lernt, wenn ich ihm nicht die Möglichkeit dazu gebe. Integration ist also fördern und fordern.



Ich glaube, dass 95% der Menschen, die zu uns kommen, bereit sind, sich integrieren zu lassen und das auch wollen. Wenn wir über die Menschen, die zu uns kommen, mehr lernen würden, würde es uns auch leichter fallen zu unterscheiden, welche das sind und welche nicht. Gegen die, die das nicht sind, muss dann aber auch genauso konsequent vorgegangen werden wie gegen Deutsche, die Recht und Gesetz nicht beachten. Richtig ist aber, dass das alles in der Vergangenheit massiv vernachlässigt worden ist. Es gibt zwei Extreme, die

beide falsch sind. Das eine ist, Ausländerpolitik schwärmerisch zu betrachten und so zu tun als gäbe es gar keine Probleme, was auch in der SPD teilweise noch der Fall ist. Wer Probleme ignoriert, der zahlt die Zeche ganz schnell. Und das andere Extrem ist die Stammtischperspektive nach dem Motto: Alles Fremde macht mir Angst! Und mit platten Parolen, die dann im Extremfall heißen „Ausländer raus!“, leugnet man, dass wir ein Einwanderungsland sind und versäumt, sich um die zu kümmern, die hier sind. So etwas ist für ein so reiches Land wie Deutschland unwürdig.

STACHEL: Wenn man sich die Entwicklung von so genannten „Parallelgesellschaften“ anschaut, dann geht es ja nicht nur um Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch um Deutsche, die auf Grund von z.B. Arbeitslosigkeit, daraus resultierender Armut oder mangelnder Bildung völlig von der Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen sind. Die Friedrich-Ebert-Stiftung spricht von einer neuen Unterschicht, der bis zu 8% der in Deutschland lebenden Menschen angehören. Einige Genossen führen die Entwicklung dieser neuen Unterschicht auch auf die Arbeitsmarktpolitik von Gerhard Schröder zurück. Würdest du dich dem anschließen? Was genau ist in der Vergangenheit falsch gemacht worden, dass es zu einer solchen Bevölkerungsschicht kommen konnte?

Ralf: Das Wort Unterschicht hat etwas unheimlich Stigmatisierendes; ich halte das für keinen guten Begriff. Richtig ist, dass es viele Menschen gibt, die für sich überhaupt keine Perspektive mehr sehen, die den Eindruck haben, dass sie machen können, was sie wollen und trotzdem nicht

zurecht kommen. Die nicht leben können von dem was sie verdienen, wenn sie denn überhaupt eine Arbeit finden. Wir sind in Deutschland eine „Ab-schreibungsgesellschaft“ im doppelten Wortsinne. Menschen und Regionen werden einfach abgeschrieben. Im Abschreiben sind wir Deutschen ganz klasse! Wir leben in dem Land, in dem die meisten Kinder sitzen bleiben, wir sortieren im Schulsystem ganz früh aus, wir tun genau das Gegenteil von dem, was wir tun sollten. Dazu gibt es Alternativen, die insbesondere von Sozialdemokraten vertreten werden und die das Richtige sind, um Menschen aus der Perspektivlosigkeit herauszuführen. Was Hartz IV angeht, würde ich so pauschal nicht urteilen. Ich glaube schon, dass es im Grundsatz richtig war, Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenzuführen. Ich glaube aber, dass der Grundsatz fördern und fordern teilweise in der Praxis nur zum Fordern führt. Wir haben uns von den Reformen insgesamt mehr versprochen. Ich finde, es ist ein Skandal, wenn die diversen Steuersenkungen, die von der Wirtschaft gefordert wurden, nicht dazu führen, dass auch Arbeitsplätze geschaffen werden. Wenn große Konzerne riesige Gewinne machen und dann Leute raus-schmeißen, ist das ein gesellschaftlicher Skandal, der viel häufiger ge-branntmarkt werden muss. Man kann nämlich nicht immer von denen, die am wenigsten haben, immer mehr verlangen und die anderen außen vor lassen. Wir brauchen eine gerechtere Steuerpolitik, die die Vermögen, die vererbt oder anders weitergegeben werden, stärker besteuert, als das gegenwärtig der Fall ist. Ich kann nur von den Schwächeren verlangen, sich anzustrengen, wenn der Wert Solida-

rität auch auf der anderen Seite gilt. Wir sind nicht mutig genug, gerade was Steuerpolitik angeht. Der schleswig-holsteinische Landesverband hat da Vorschläge gemacht, die mehr Gehör finden sollten.



STACHEL: Menschen ohne Perspektive schließen sich zunehmend rechtsextremistischen Parteien wie der NPD an. Das konnte man auch bei den letzten Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin beobachten. Dieses Problem wird in Westdeutschland weitgehend verdrängt. Siehst du eine ähnliche Gefahr für das Erstarken der NPD auch in den alten Bundesländern?

Ralf: Ganz bestimmt ja! Zwar gibt es Besonderheiten in den neuen Ländern, allerdings ist es völlig falsch, zu behaupten, dass sei eine „Ost-Frage“. Ich warne davor dieses Problem zu verharmlosen, aber es ist genauso falsch es zu dramatisieren. Ich bin skeptisch, wenn es darum geht, die NPD zu verbieten. Das darf man nur machen, wenn es todsicher in Karlsruhe gut geht. Sonst ist das ein Konjunkturprogramm für die NPD. Man muss sich mit den Leuten und deren

Parolen unbedingt auseinandersetzen. Die großen Parteien haben selbst Schuld, wenn die rechtsextremen Parteien in bestimmten Regionen Jugendliche erreichen wie keine andere Partei. Wir müssen uns fragen, warum wir das eigentlich zulassen. Wenn Landräte Konzerte von fortschrittlichen Künstlern verbieten, weil sie Angst vor rechtsextremen Angriffen haben, dann ist das ein Skandal, dass der Rechtsstaat zurückweicht! Wenn wir zulassen, dass Gewalt enttabuisiert wird, und soweit sind wir, wenn Wahlhelfer demokratischer Parteien verprügelt werden, dann ist das ein Problem. Wenn wir die Finanzstrukturen der NPD nicht durchleuchten und zulassen, dass die aus dubiosen Quellen Gelder bekommen, dann ist das auch ein Problem. Wir müssen viel stärker aktiv und offensiv vorgehen, denn das ist eine kleine Nazi-Minderheit. Wir wissen in Deutschland, wo das hinführt, wenn man mit solchen Parolen auf Stimmenfang geht. Es ist unsere Verpflichtung, da unbedingt mehr zu tun. In Schleswig-Holstein haben wir vor der letzten Landtagswahl gezeigt, dass alle demokratischen Kräfte gemeinsam bei einer Großdemonstration in Kiel dagegen protestiert haben. Die NPD hat hier ein sehr schlechtes Ergebnis erzielt. Die Jusos waren da auch ein gutes Beispiel als die einzige Kraft aus dem Westen, die in Mecklenburg-Vorpommern aktiv für Wahlbeteiligung geworben hat. Das ist ein leuchtendes Beispiel für andere, dass man etwas tun kann.

STACHEL: Du wirst ja im März für den Vorsitz der SPD Schleswig-Holstein kandidieren.

Warum möchtest du Landesvorsitzender werden und was war der Auslöser für dich, darüber nachzudenken

dieses Amt zu übernehmen?

Ralf: Das Amt des Landesvorsitzenden ist ein ehrenvolles Amt, denn die SPD ist eine traditionsreiche Partei. Sie steht aber gegenwärtig auch vor sehr großen Herausforderungen. Wir müssen uns dringend um mehr Nachwuchs kümmern, interessanter für andere werden und uns als Partei breiter aufstellen. Wir müssen eigentlich alle Generationen, Regionen und Flügel stärker beteiligen und teamorientierter arbeiten. Ich habe das Gefühl, dass wir, wenn wir diese Herausforderungen nicht angehen, unsere Regierungsfähigkeit verlieren werden. Man denke nur an die CDU-Positionen zu Atomausstieg, Studiengebührenfreiheit oder Schulpolitik, an Umweltpolitik oder Gleichstellungs- und Mitbestimmungsfragen oder an eine liberale Innen- und Rechts- und Flüchtlingspolitik. Das wäre für ein Land wie Schleswig-Holstein katastrophal! Deshalb ist für mich wichtig, dass wir konkurrenzfähig und in der Lage sind wieder Wahlen zu gewinnen. Das ist das, was mich hauptsächlich motiviert für dieses Amt zu kandidieren. Dabei habe ich Mitstreiter gesucht, die da ähnlich denken und habe die in Andreas Breitner und Bettina Hagedorn auch gefunden. Zudem sind dann im Parteivorstand auch alle Ebenen, sowohl Bundes-, Landes-, als auch Kommunalebene, repräsentiert. Ich habe den Eindruck, dass die Art, wie ich Politik mache, auch Zustimmung findet. Auch deshalb habe ich mich dazu entschlossen, mich zu bewerben. Am Ende entscheidet die Partei, wen sie haben will und wie

dieser Prozess von statten gehen soll. Ich bin da ganz zuversichtlich.

STACHEL: Sind ein Ministerposten in der Landesregierung und der Parteivorsitz in Zeiten einer großen Koalition miteinander vereinbar?

Ralf: Wir haben in der Vergangenheit gute Erfahrungen mit der Trennung von Ämtern gemacht. Und zwar zu Zeiten, als wir in der Opposition waren und als wir den Regierungschef gestellt haben. Die Konstellation ist jetzt eine andere: Der Ministerpräsident ist gleichzeitig Parteivorsitzender und vermutlich auch der nächste Spitzendkandidat. Deshalb ist es für uns jetzt klug, die Kräfte zu bündeln. Die Genossinnen und Genossen wissen, dass ich dafür stehe, die Haltungen der SPD sehr prononciert zu vertreten, obwohl ich Minister bin. Deshalb werde ich auch von der CDU ständig angegriffen. Und dass die CDU lieber jemand anders an der SPD-Spitze hätte spricht ja eher für mich! Man muss die Menschen konkret an dem messen, was sie tun und ich gehe davon aus, dass die SPD in Schleswig-Holstein das auch tun wird, weil sie in jeder Hinsicht weiß, woran sie mit mir ist. Ich glaube, dass der Stil, für den wir im Moment stehen, nämlich zu sagen wir wollen unsere Regierungsarbeit gut machen, stehen aber auch im Wettbewerb mit der CDU, der richtige ist. In einer großen Koalition muss man der Partei mehr erklären und kommunizieren, warum man bestimmte Kompromisse macht. Man muss aber auch immer sagen: Wenn ihr mehr sozialdemokratische Politik wollt, dann kämpft dafür, dass wir eigene Mehr-

heiten kriegen. Wenn man die kriegt, dann kann man auch mehr SPD pur durchsetzen. Mit jammern und meckern wird das nichts und schon gar nicht mit Oppositionssehnsüchten. Opposition heißt für den Papierkorb arbeiten. Das kann man nicht wollen. Deshalb ist ein wettbewerbsorientierter Stil der richtige. Das sieht natürlich nicht jeder so. Aber den Verdacht, dass ich, wenn ich Landesvorsitzender werde, die Position der SPD schwächer vertrete, den hat glaube ich niemand.

STACHEL: Vielen Dank für das Interview, Ralf!

Mit Ralf Stegner sprachen *Elena Pieper und Lasse Mempel*



NPD - Wie sinnvoll ist ein Verbot?

Wenn eine rechtsextreme Partei in einen Landtag einzieht, ist die Aufregung jedes Mal groß. So auch jetzt nach den Landtagwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, wo die NPD mit 7,3 % der Wählerstimmen in den Landtag einzog. Tagelang waren Analysen der Wählerschichten, Porträts der Spitzenkandidaten und kritische Kommentare in allen Zeitungen zu lesen. Manch einer redet dann schnell vom Parteiverbot. Man müsse „verhindern, dass die auch noch Geld vom Staat bekommen“ und „das Problem ein für alle Mal beenden“. Aber wie sinnvoll wäre ein Verbot wirklich? Unabhängig davon, ob die NPD verfassungsfeindlich ist oder nicht, und ob ein Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht erfolgreich wäre oder nicht, muss man sich die Frage stellen, was man mit einem Verbot dieser Partei eigentlich erreichen möchte und kann.

Zunächst einmal bringt das Instrument Parteiverbot immer eine Problematik mit sich, die die Demokratie betrifft: Es bedeutet eine grundlegende Einschränkung der demokratischen Rechte der Bevölkerung. Ein Gericht mit geringer demokratischer Legitimation entscheidet dann über Wert oder Unwert einer politischen Partei - nicht der Wähler bzw. das Volk, von dem ja eigentlich laut Grundgesetz alle Macht ausgehen sollte. Ein Verbot der NPD könnte auch, wie bereits das KPD-Verbot von 1956, einen Präzedenzfall schaffen, um in Zukunft jegliche Opposition gegen die bestehenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politi-

schen Verhältnisse zu kriminalisieren. Ein weiteres Argument für die Rechtfertigung eines NPD-Verbotes lautet, die Partei müsse so auf Gelder verzichten, die sie gegenwärtig aus der Staatskasse erhält. Diese Gelder ergeben sich aber aus den Besonderheiten der deutschen Parteienfinanzierung, die, erschüttert von zahlreichen Skandalen und Affären, immer wieder neue gesetzliche Voraussetzungen erhalten hat. Neben Diäten und Wahlkampfkostenrückerstattung bekommen die Parteien beispielsweise auch einen staatlichen Zuschuss auf Spenden. So hat die NPD letztes Jahr alleine 1,3 Mio.

- aus der Staatskasse erhalten. Die Behauptung, nur durch ein Verbot könne diese wahnwitzige Finanzierung der NPD gestoppt werden, stellt die Dinge auf den Kopf. Dann müsste man eher grundsätzlich über das System der Parteienfinanzierung nachdenken, als einzelne Parteien durch Verbot von ihr auszuschließen. Hier gilt immer noch gleiches Recht für alle - auch ein deutscher Verfassungsgrundsatz.

Auch wird der Anstieg der Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund, den es zu bekämpfen gelte, immer wieder als Argument für ein NPD-Verbot herangezogen. Aber wäre mit einem Parteiverbot wirklich etwas gegen Fremdenhass und ausländerefeindliche Gewalt im Lande getan? Hier wird das Instrument Parteiverbot ganz eindeutig fehl interpretiert. Denn die NPD ist unter anderem auch zu einem Sammelbecken rechtsradikaler Gewalttäter geworden, weil in der Vergangenheit sehr viele kleinere

rechtsradikale Organisationen ohne Parteistatus verboten wurden, deren Mitglieder dann weitgehend von der NPD aufgefangen wurden. Durch ein Parteiverbot würden die rechten Schläger also keinesfalls verschwinden, sondern sie würden sich schlicht eine neue politische Heimat suchen. Um rechtsextreme, gewalttätige Übergriffe zu ahnden, reicht das Strafgesetzbuch; um ihnen allerdings vorzubeugen, muss Politik nicht repressiv, sondern progressiv vorgehen.



Ein Verbot der NPD wäre ein Akt symbolischer, aber letztlich wirkungsloser Politik. Die eigentliche Problematik, nämlich die wachsende Zahl von Menschen, die so unzufrieden und perspektivlos sind, dass sie den Parolen der NPD glauben schenken, diese Partei wählen oder ihr sogar beitreten, wäre damit keineswegs gelöst. Es sind dringend neue politische Konzepte nötig, um Menschen mitzunehmen, sie in die Gesellschaft einzubinden und ihnen eine Perspektive zu geben. Nur so kann man verhindern, dass rechtsextremes Gedankengut Wurzeln in den Köpfen der Menschen schlägt, nicht durch ein Parteiverbot!

Elena Pieper

Vorstellung Kreisvorstand

Der Kreisvorstand der Jusos Rendsburg-Eckernförde, der von Februar 2006 bis Februar 2007 im Amt ist, möchte sich euch auf dieser Seite vorstellen. Wenn ihr Fragen oder Anregungen habt, oder auch einfach nur mehr über die Jusos wissen wollt, dann meldet euch gerne jederzeit bei uns!



Name: Gerrit van den Toren

Alter: 30 Jahre

Berufe: Werkzeugmechaniker (Mitglied IGM) bei Lego, jetzt Student der Sozialökonomie an der Uni Hamburg

Ortsverein: Rendsburg

In der SPD seit: 2000

Vorsitzender im Juso-Kreisvorstand, Beisitzer Juso-AG Rendsburg / Büdelsdorf,

Beisitzer im SPD-Kreisvorstand

Lieblingszitat: „Ökonomen sind für Politiker das, was Laternen für Betrunkene; sie suchen nicht Licht, sondern Halt“ (Felderer)

Kontakt:

Adolf – Steckel – Str. 6

24768 Rendsburg

Mobil : 0171 / 7132597

Fon : 04331 / 149482

g-vandentoren@spd-online.de

Name: Marlon Kruse

Ortsverein: Rendsburg

Stellvertretender Vorsitzender im Juso-Kreisvorstand

Kontakt: marlonkruse@spd-online.de



Name: Lasse Mempel

Alter: 22 Jahre

Beruf: Student (Latein, Geschichte, Philosophie auf Lehramt)

Ortsverein: Kronshagen

In der SPD seit: Juli 2001

Schatzmeister der Jusos Rd-Eck,

Liedgutbeauftragter der Juso-AG Kronshagen,

Gemeindevertreter und Umweltausschussvorsitzender in Kronshagen,

Mitglied im Vorstand der SPD-Kronshagen

Lieblingszitat:

„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“ Otto Wels

Kontakt: LasseMempel@web.de

Kreisvorstand



Name: Elena Pieper

Alter: 20 Jahre

Beruf: Studentin (Politikwissenschaft, Neueste Geschichte, Soziologie)

Ortsverein: Molfsee

In der SPD seit: 2005

Schriftführerin im Juso-Kreisvorstand, Schatzmeisterin im OV Molfsee

Lieblingszitat: „Für die, deren Zeit gekommen ist, ist es nie zu spät.“ (Berthold Brecht)

Kontakt: elenapieper@web.de

Beruf: Student (Politische Wissenschaft, Öffentliches Recht, Neueste Geschichte)

Name: Götz Borchert

Alter: 21 Jahre

Ortsverein: Dänischenhagen

In der SPD seit: 2003

Beisitzer im Juso-Kreisvorstand, Beisitzer im OV-Dänischenhagen,

Bürgerliches Mitglied im Finanzausschuss Dänischenhagen

Lieblingszitat: „In der Mühelosigkeit liegt keine Tugend. Drohendes Versagen ist die Würze, die die Früchte des Siegens begehrenswert machen.“ (Peter Ustinov)

Kontakt: goetz.borchert@gmx.de



Name: Jonas Kramer

Alter: 23 Jahre

Beruf: Student (Nachrichtentechnik)

Ortsverein: Eckernförde

In der SPD seit: 2001

Beisitzer im Juso-Kreisvorstand, Vorsitzender des Jusos Eckernförde

Lieblingszitat:

"Ihr Völker der Welt ... Schaut auf diese Stadt und erkennt, dass ihr diese Stadt und dieses Volk nicht preisgeben dürft, nicht preisgeben könnt!" (Ernst Reuter)

Kontakt: jokra@gmx.net



Name: Lea Witzig

Alter: 22 Jahre

Beruf: Krankenschwester

Ortsverein: Eckernförde

In der SPD seit: 2004

Beisitzerin im Juso-Kreisvorstand, Schriftführerin Juso-Orts-AG Eckernförde

Lieblingszitat: „Das Glück kann man nur multiplizieren, in dem man es teilt!“ (Albert Schweizer)

Kontakt: leawitzig@web.de



Name: Sina Marie Weiß

Alter: 19 Jahre

Beruf: Hebammenschülerin

Ortsverein: Altenholz

In der SPD seit: 2003

Beisitzerin im Juso-Kreisvorstand, Vorsitzende Juso-Orts-AG Altenholz u. U.,

Schatzmeisterin im SPD-OV Altenholz, Bürgerliches Mitglied im Sozialausschuss Altenholz

Lieblingszitat: „Wer a sagt, der muss nicht b sagen. Er kann auch erkennen, dass a falsch war.“ (Bertolt Brecht)

Kontakt: sina.marie.weiss@gmx.de



Bericht vom POL&IS - Planspiel

„Du Japan, ich hätte mal Gesprächsbedarf. Aber lass uns vielleicht kurz vor die Tür gehen, das muss nicht unbedingt jeder mitkriegen.“

„Guck mal, Japan und Nordamerika stehen schon wieder draußen vor der Tür! Wenn die mal nicht irgendwas planen, was gegen uns geht...“



In dem großen Raum mit der Weltkarte in der Mitte, in dem die Pol&Is-Simulation stattfand, herrschte reges Treiben. Es wurden militärische Pläne geschmiedet, Energie- und Agrarpunkte gehandelt, Konferenzen abgehalten und Sicherheitsprobleme diskutiert. Aber jede Region, vertreten durch jeweils zwei Personen, hatte auch mit ganz eigenen Problemen zu kämpfen. Asien zum Beispiel hatte riesige Schwierigkeiten, genügend Industriepunkte zusammenzubekommen, um überhaupt die eigene Bevölkerung zu ernähren. Zudem waren einfach nicht genügend Pol&Is-Dollar übrig, um die Energievorkommen der Region nur ansatzweise zu erschließen. Eine Situation, die natürlich von Westeuropa - nicht ganz schamlos - ausgenutzt wurde, einen als Entwicklungshilfe getarnten Knebelvertrag abzuschließen,

um auf asiatischem Boden eigene Energiezentren zu errichten. Immerhin war das Energiedefizit Westeuropas so am Ende der Simulation nicht mehr ganz so groß.

Das Pol&Is-Seminar (Politik und Internationale Sicherheit), das vom 20.-22. Oktober 2006 im AWO-Jugenddorf Falkenstein stattfand, wurde gemeinsam vom Juso-Kreisverband Rendsburg-Eckernförde und den Jugendoffizieren der Bundeswehr angeboten. Ca. 30 Teilnehmer (Mitglieder der Kreisverbände Rd-Eck, Kiel und Plön) machten 3 Tage lang Weltpolitik wie die ganz Großen. Die Pol&Is-Simulation wurde in den achtziger Jahren von Prof. Dr. Wolfgang Leidhold, Mitglied am Seminar für Politikwissenschaft der Uni Köln, entwickelt, um Jugendlichen globalpolitische Zusammenhänge näher zu bringen. Bei dem Spiel werden sowohl politische, militärische als auch wirtschaftliche Aspekte berücksichtigt. Jede Region der Welt wird repräsentiert durch einen Regierungschef, einen Staatminister, einen Wirtschaftsminister und einen Oppositionsführer, wobei wahlweise auch Ämter zusammengelegt werden können, wie in unserem Fall. Diese Personen müssen zusammenarbeiten, sich gegenseitig auf dem Laufenden halten über die Dinge, die in ihrem Ressort passieren und gemeinsam Strategien für ihre Politik entwickeln. Politik bedeutet dann konkret, die Region wirtschaftlich stabil zu halten oder weiterzuentwickeln (was durch den Handel mit Industrie-, Agrar- und Energiepunkte erfolgt), militärisch zu

operieren, Verträge mit anderen Regionen abzuschließen und vieles mehr. Eine wichtige Rolle spielten auch der UN-Generalsekretär (der gelegentlich über seine Rolle etwas hinauswuchs), die Weltpresse, die eifrig interviewte, Gerüchte streute und berichtete und natürlich die Nichtregierungsorganisationen Greenpeace und Amnesty International, die den Regierungen mit ihren Forderungen und Demonstrationen das Leben schwer machten. Die Simulation eignete sich für uns Jusos in sofern besonders gut, als das wir einfach mal politische Programme ausprobieren konnten, um dann zu sehen, welche Auswirkungen sie tatsächlich haben. So stellte sich auch jedes Mal, wenn die Spielleiter von der Bundeswehr am Ende eines Pol&Is-Jahres verkün-



deten, wie sich die Programme und Handlungsweisen denn nun konkret auswirkten, große Aufregung ein. Dies tat der insgesamt positiven Stimmung jedoch keinen Abbruch. Es wurde viel gelacht und auch nach

Kreisverband

Ende eines Seminar-Tages ging das Spiel in den Köpfen der Teilnehmer weiter. Besonders in Erinnerung blieb eine Situation, in der die Wirtschaftsminister abends um 23 Uhr noch ein Programm zur Müllentsorgung entwickelten, um das Wachsen des globalen Müllberges zu stoppen. Aber natürlich wurde nicht den ganzen Abend weitergespielt, sondern nach dem einen oder anderen Glas Rotwein

schnell zur Gitarre gegriffen, um die eigenen Kenntnisse des internationalen Arbeiterliedgutes zu vertiefen. Trotz Kater bei dem einem oder anderen ging es dann aber morgens um zehn pünktlich weiter. Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben - das musste auch der Juso-Landesvorsitzende erfahren, der auf Grund von einer halben Stunde Verspätung zum Karaoke-Singen verurteilt wurde (das

waren dann die fünf Minuten des Seminars, an die sich wohl niemand gerne zurückerinnert).

Insgesamt bleibt zu sagen, dass das Seminarwochenende wohl allen Teilnehmern großen Spaß gemacht hat und natürlich auch einen Lerneffekt für das Verständnis von weltpolitischen Zusammenhängen hatte.

Elena Pieper

Landesverband

Neuer Landesvorstand

Gemeinsam stark, für einen roten Norden!

Die Jusos Schleswig-Holstein haben auf ihrer Landeskonzferenz (26.-27.08.06) diskutiert, sich positioniert und einen neuen Vorstand gewählt.

Im Mittelpunkt der Diskussionen standen aktuelle politische Themen, die für das Bundesland Schleswig-Holstein wichtig sind, so haben sich die Jusos gegen jegliche Privatisierung der Unikliniken stark gemacht. Denn wo private Investitionen einfließen, müssen auch Renditen erwirt-

schaftet werden. Dadurch ist der Maximalversorgungs-Standort Unikliniken Schleswig-Holstein gefährdet. Das ist für Jusos inakzeptabel. Ein weiteres Thema von zentraler Bedeutung ist Bildung. Dem entsprechend wehrt sich der Landesverband weiterhin gegen jegliche Aufweichung der harten und richtigen Haltung gegenüber Studiengebühren, das wurde durch diverse Anträge, die klar an Utes Adresse gingen unterstrichen. Bildung ist Voraussetzung um wirklich zu partizipieren, gerade auch für Menschen die es schwer haben im

Leben, und nicht die optimalen Startbedingungen mitbekommen.

Kern der sozialdemokratischen Politik in SH muss sein: Wir lassen niemanden zurück! Das gilt für alle die in SH Leben. In Anbetracht der Wahlergebnisse in MV ist Integration ein wichtiges Thema, dass von den Jusos schon länger intensiv bearbeitet wird. Dabei geht es nicht nur um Menschen mit Migrationshintergrund. Nach Auffassung der Landeskonzferenz ist das Thema globaler zu fassen und zu bearbeiten.

www.jusos-sh.de



Neuer Vorstand von links nach rechts: Yves-Christian Stübe (KI), Sönke Bohm (FL), Sören Platten (SE), Enrico Kreft (HL), Miriam Bossmann (PLÖ), Tim Papenfuß (NF) und Katharina Goergens (SE).

Otto Wels - Ein bedeutender Sozialdemokrat

„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“

Am 23. März 1933 spricht der Fraktionsvorsitzende der SPD, Otto Wels, in einer Erklärung vor dem deutschen Reichstag diese Worte. Begleitet werden sie vom lebhaften Applaus der Sozialdemokraten und dem Gelächter der Nationalsozialisten. Die Rede gilt noch heute als Dokument von Freiheit, Bekennermut und Widerstandswillen.

Obwohl zu diesem Zeitpunkt schon einige Fraktionskollegen inhaftiert sind und die SA (Sturmabteilung) und die SS (Schutzstaffel) sie umstellen, stimmen alle 94 anwesenden Abgeordneten der SPD mutig mit „Nein“ zum Ermächtigungsgesetz.

Adolf Hitler, der seit dem 30. Januar desselben Jahres deutscher Reichskanzler ist, hat mit seiner Partei, der NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei), am heutigen Tag ein „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“, das Ermächtigungsgesetz, im Reichstag zur Abstimmung gestellt. Eine Mehrheit gegen dieses Gesetz ist aussichtslos, denn Hitler hatte zum 5. März 1933 bereits Neuwahlen eingeleitet und aus denen war eine deutliche NSDAP/DNVP (Deutschnationale Volkspartei)-Mehrheit hervorgegangen. Zudem hatte Hitler in dem Reichstagsbrand vom Februar 1933 einen Grund gefunden, um die Kommunisten zu jagen und zu inhaftieren. Als die Abstimmung durchgeführt wird, fehlt die komplette KPD (Kommunistische Partei Deutschlands)-Fraktion und auch die SPD-Fraktion hat zu diesem Zeitpunkt bereits erhebliche Verluste

hinnehmen müssen. Unverbindliche politische Zusagen gegenüber dem Zentrum und massiver Druck auf die Abgeordneten während der Sitzung, entstanden durch die Anwesenheit von SA und SS, sicherten die notwendige Zweidrittelmehrheit. Am Ende erteilt allein die SPD dem Ermächtigungsgesetz eine Absage, die der Parteivorsitzende Otto Wels in einer historischen Rede begründete.



Wels war bereits seit langem stark politisch aktiv. Im Jahr 1918 war die SPD gespalten in USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands) und MSPD (Mehrheitssozialdemokraten). Als die USPD, die links der MSPD stand, im Jahre 1918 eine Versammlung einberief um einen Vollzugsrat aus Unabhängigen und Spartakisten zu bilden, der die Regierung, die hauptsächlich von der MSPD vertreten wurde, kontrollieren sollte, gelang es Wels Soldatenvertreter zu mobilisieren und

den Vollzugsrat dadurch paritätisch zu besetzen und der Demokratie von Weimar damit den Weg zu ebneten.

Doch noch ein weiterer entscheidender Konflikt bahnte sich an, in den Wels verwickelt war.

Friedrich Ebert schloss mit General Groener einen Pakt zwischen Staat und Reichswehr. Als Liebknecht daraufhin die Absetzung der Regierung Ebert forderte, wurde Otto Wels, der damals Berliner Stadtkommandant war, gefangen genommen und konnte nur durch bürgerkriegsähnliche Kämpfe befreit werden.

Wels, der seit 1919 Parteivorsitzender der MSPD war, hatte 1932 zu jenen gehört, die trotz des Staatsstreiches in Form des Preußenschlages durch die Nationalsozialisten zur Ruhe gemahnt hatten, um keine Militärdiktatur zu riskieren und die anstehenden Reichstagswahlen nicht zu gefährden. Dennoch war ein Ende der Weimarer Demokratie hier bereits absehbar.

Trotz des Widerstandes der SPD-Fraktion unter Führung von Otto Wels am 23. März gegen das Ermächtigungsgesetz Hitlers, das die Diktatur der NSDAP endgültig ermöglichte, wurde es im Reichstag gebilligt. Gesetze durften nun ohne Beteiligung von Reichstag, Reichsrat und Reichspräsident durchgesetzt werden, sowie internationale Verträge geschlossen werden. Die Staatsorgane blieben lediglich als Akklamationsorgane bestehen, das Ermächtigungsgesetz beseitigte damit faktisch die Verfassung der Weimarer Republik, etablierte in scheinlegaler Weise die nationalsozialistische Diktatur und öffnete den

Weg zur Gleichschaltung von Staat und Gesellschaft.

Das restliche Schicksal war dann nur noch Formsache, im Juni wurde die SPD verboten, Sozialdemokraten wurden verfolgt und in Zuchthäusern und Konzentrationslagern inhaftiert. Otto Wels blieb Vorsitzender der Partei im Exil, wie viele andere auch hatte er Deutschland verlassen.

Wels hatte mit dafür gesorgt, dass sich die Partei rechtzeitig für den Fall eines Verbots auf illegale Arbeit einstellte, sowohl aus dem Exil heraus als auch aus dem Inneren des Landes.

In der Geschichte nimmt der Sozialdemokrat Wels damit einen ganz besonderen Platz ein, als einer derjenigen, die sich den Nationalsozialisten mutig entgegenstellten und die SPD



zu einer Widerstandspartei gegen die Diktatur vertrat.

Seine Rede gegen das Ermächtigungsgesetz vor dem Reichstag nimmt damit in der Historie einen bedeutenden Platz ein. Viele hatten ihn zuvor gewarnt und ihn gebeten die Rede nicht zu halten, er jedoch lies sich nicht davon abbringen. Wels hörte während seiner Rede die nationalsozialistischen Chöre von außerhalb des Reichstages und blickte SA und SS entgegen, was einer Morddrohung gleichkam, und hielt dennoch diese mutige Rede, dieses großartige Bekenntnis zur Demokratie und gegen die Diktatur auf das Sozialdemokraten noch heute mit Recht stolz sein können.

Götz Borchert

Für eine starke Republik! Reichsbanner-Schwarz-Rot-Gold

Bereits zu Beginn ihres Bestehens sah sich die Weimarer Republik einer Schar von Feinden gegenüber. Monarchistische und völkisch-nationalistische Kräfte bekämpften den aus Kriegsniederlage und revolutionärer Erhebung hervorgegangenen Staat mit politischen Morden und Putschversuchen.

Prominenteste Opfer waren Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sowie später Matthias Erzberger und Walter Rathenau.

Im März 1920 führten reaktionäre Militärs einen ersten Putschversuch, den Kapp-Putsch aus. Die Reichswehr war nicht gewillt die Republik zu schützen, so dass nur ein Generalstreik diese retten konnte. Gegen die folgenden Arbeiteraufstände dagegen griff die Reichswehr mit voller Härte und Massenerschießungen durch. Diese Unwucht in der Behandlung politisch Linker und Rechter setzte sich in der juristischen Verfolgung fort.

Die alten Machteliten in Militär, Ju-

stiz und Verwaltung waren nicht ausgetauscht worden.

Anhaltende Aufstandsversuche kommunistischer, reaktionärer und separatistischer Gruppen bewogen die SPD, die stärkste staatstragende Partei dieser Tage, vom Grundsatz des staatlichen Gewaltmonopols durch die Gründung einer Rupublikschutzformation abzuweichen.

Am 22. Februar 1924, dem Geburtstag August Bebel's wurde das Reichsbanner schließlich in Magdeburg gegründet. Er umfasste bestehende (sozial)demokratische Schutzformationen wie unter anderem die „Vereinigung Republik“, den „Sozialdemokratischen Ordnungsdienst“, die „Republikanische Notwehr“ und brachte es auf insgesamt rund 500.000 Mann.

Im Gründungsappell richtete sich das Reichsbanner bewusst staatstragend an „Kriegsteilnehmer, Republikaner!“ Ausdrücklich verwahrte er sich gegen Antisemitismus und forderte

die Besetzung aller wichtigen Ämter in Justiz, Polizei, Reichswehr, Verwaltung und Schule mit Republikanern.

Durch den Namenszusatz „Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer“ öffnete sich das Reichsbanner allen Soldaten des Ersten Weltkrieges, die im Gegensatz zu rechten Wehrverbänden, wie dem „Stahlhelm“ der Republik treu ergeben waren. Diese Würdigung der Frontsoldaten stand im Zeichen einer Gesellschaft, die durch die Niederlage im Weltkrieg traumatisiert worden war.

Ferner berief sich die freiheitlich-republikanische und nationale Organisation auf das Erbe der Revolution von 1848.

So hisste es die schwarz-rot-goldene 1848er Revolutionsfahne gegen das schwarz-weiß-rote Banner des Kaiserreichs, welches die Rechte trug.

Nach dem Willen der Gründer waren die demokratischen Parteien der Weimarer Koalition (SPD, Zentrum und DDP) die Träger der Organisation.

Eine rein parteipolitische Schutzorganisation zum Schutze der Republik und Arbeiterschaft hätte die SPD wegen der Staatsgewalt nicht aufstellen können.

Der Tod des ersten Reichspräsidenten der Republik, Friedrich Ebert, und die Wahl des ehemaligen preußischen Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg verkörperten eine Zäsur in der politischen Stimmung.

Hindenburg stand für den ehemaligen Obrigkeitsstaat und nicht für die junge Republik. Viele Deutsche sehnten sich wieder nach der Monarchie und teilten Bismarcks Abneigung gegen die Republik.

Das Reichsbanner, das den knapp unterlegenen Kandidaten Wilhelm Marx unterstützt hatte, hielt in der Folgezeit Totenfeiern für die politischen Mordopfer, errichtete diesen Denkmäler und benannte Straßen und Bauwerke nach ihnen.

Nach einem Jahr zählte die Organisation bereits drei Millionen Mitglieder und war somit der zahlenmäßig stärkste paramilitärische Verband in der Nachkriegszeit. Durch ständige Aufmärsche und Massendemonstrationen zu den alljährlichen Verfassungsfeiern am 11. August, Totengedenken für die Gefallenen des Weltkrieges und gegen rechte Provokationen zeigte das Reichsbanner Flagge und erreichte eine starke Präsenz in der Öffentlichkeit.

Zunehmend richtete sich die Schutzorganisation auch an junge Menschen. Im „Jungbanner“ verbanden Freizeiten, Reisen und Zeltlager die Jugendlichen.

Vor allem ab 1932 gab das Reichsbanner mit freiwilligem Arbeitsdienst den Jugendlichen eine Perspektive. Für die meist arbeitslosen Jugendlichen wurde bei größeren gemeinnützigen Bauvorhaben die Unterbringung, Verpflegung und medizinische Versorgung übernommen.

Nach 1933 wurde dieser Arbeitsdienst zu einem Zwangsarbeitsdienst umge-

baut.

Seit Beginn der Republik waren die politischen Auseinandersetzungen von Gewalt begleitet. Während in den mittleren Jahren eine gewisse Stabilität bestand und nur einzelne Überfälle stattfanden, so brachte die Weltwirtschaftskrise erneut eine starke Radikalisierung mit sich. Sogar in den Parlamenten prügeln sich Nationalsozialisten mit ihren Gegnern.

Schon vor dem Wahlerfolg der Nationalsozialisten am 14. September 1930, der die Zahl ihrer Mandate von 12 auf 107 hochschnellen ließ, war das Reichsbanner Angriffen der SA ausgesetzt.



Unter dem Motto „Rüsten und marschieren“ begann das Reichsbanner nach der Wahl mit der Aufstellung militanter Eliteeinheiten, so genannter Schutzformationen (Schufo).

Schufo-Männer schirmten republikanische Versammlungen gegen nationalsozialistische Attacken ab, leisteten Personenschutz und bewachten Partei- und Gewerkschaftseinrichtungen.

Nach dem Zusammenschluss der national-konservativen Gegner am 11. Oktober 1931 in der „Harzburger Front“, SA-Angriffen auf Arbeiterviertel und weiteren Wahlerfolgen der Nationalsozialisten wurde am 22. November 1931 die „Eiserne Front“ gegründet.

Ihr Symbol, drei Pfeile auf rotem Grund für SPD, Gewerkschaften und Reichsbanner standen für die politische, wirtschaftliche und physische Macht der Arbeiterklasse.

In den schweren Kämpfen der letzten Jahre der Republik war das Reichsbanner alleine mit der SPD und den Gewerkschaften der einzige Ver-

teidiger des Weimarer Staates – 64 Reichsbannerleute ließen ihr Leben.

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt. Ab März 1933 wurde das Reichsbanner von einzelnen Ländern verboten, manch Gau löste sich zuvor selbst auf. Einzelne Ortsvereine versuchten jedoch konspirativ unter dem Deckmantel noch bestehender Organisationen weiter zu bestehen.

Am 10. Mai 1933 wurde schließlich das Vermögen von SPD und Reichsbanner beschlagnahmt.

Viele Angehörige des Reichsbanners wurden eingeschüchert, misshandelt oder verschleppt, andere emigrierten aus der unmittelbaren Lebensgefahr. Einige jüngere weltkriegserfahrene Sozialisten wie Julius Leber, Wilhelm Leuschner, Theodor Haubach und Carlo Mierendorff begannen mit der Organisation von Widerstand im Land und stießen zu den Verschwörern des 20. Juli 1944 und wurden nach dem gescheiterten Umsturzversuch zum Tode verurteilt und hingerichtet. Andere wurden wie Kurt Schumacher jahrelang in Konzentrationslagern inhaftiert.

Die Masse der Reichsbannerleute blieb in den düsteren nationalsozialistischen Jahren ihren Idealen treu, hielt Kontakt zu den Gesinnungsgenossen und unterstützte sich gegenseitig in Verfolgung und Not. Einzelne Fahnen, Uniformen, Schriften und Erinnerungsstücke wurden in Verstecken gerettet.

Nach dem Krieg wurde das Reichsbanner als Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold – Bund aktiver Demokraten e.V. wieder gegründet. Durch Seminare, Ausstellungen und Diskussionen besonders mit Schülern und jungen Menschen weist die Organisation auf die Notwendigkeit des ständigen Kampfes für Menschenrechte, Demokratie und sozialen Frieden hin.

Lasse Mempel

Knallhart nachgefragt bei...



Name: Sönke Rix

Alter: 30 Jahre. Ich bin am 03.12.1975 geboren.

Wohnort: Meistens wohne ich in Eckernförde.

Du bist zurzeit? (Beruf): Mein gelernter Beruf ist Erzieher. Seit einem Jahr bin ich MdB.

Als Kind wolltest du welchen Beruf ergreifen?: Früher wollte ich Kaufmann werden. Meine Großeltern hatten einen Supermarkt.

Jugendsünden: Grüner Lederbinder zu rotem Sakko. Es waren die 80er ...

Lieblingsbuch: Zur Zeit lese ich „Ich bin dann mal weg“ von Hape Kerkeling.

Wenn Du ein Tier wärest, wärest Du ein: Manchmal wäre ich gerne Mäuschen bei einem Koalitionsspitzenreffen hier in Berlin.

Dein Vorbild: Mich beeindruckten die Visionen von Willy Brandt, der politische Stil Björn Engholms, die Gewaltlosigkeit von Ghandi, die Beharrlichkeit von Gorbatschow und die Überzeugungskraft von John F. Kennedy.

Mit wem würdest du gerne einen Monat lang tauschen? Das würde ja bedeuten, dass der auch gerne Sönke Rix wäre. Das will ich keinem zumuten.

Was an Dir selbst gefällt Dir besonders gut, was sind Deine Stärken? Vielleicht, dass ich mich selbst nicht so wichtig nehme.

Was an Dir selbst gefällt Dir nicht, was sind Deine Schwächen? Mein Ordnungssinn könnte ausgeprägter sein.

Was ist für dich eine Versuchung? Ein guter Rotwein.

Was willst du unbedingt einmal tun? Zur Zeit Urlaub.

Die SPD bedeutet für dich? Politische Heimat. Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit.

Dein Juso-Vergangenheit: Ich bin noch 5 Jahre Juso.

Dein Lieblingszitat: „Frage nicht, was dein Land für dich tut; frage, was du für dein Land tun kannst.“ (Kennedy)

Deine Botschaft an die Jusos RD-ECK: Alles Gute!!

ADRESSEN

Juso-Orts-AGs

Altenholz und Umgebung

Ansprechpartnerin:

Sina Marie Weiß

jusos-altenholz@gmx.de /

sina.marie.weiss@gmx.de

Eckernförde

Ansprechpartner:

Jonas Kramer

info@jusos-eck.de / JoKra@gmx.net

www.jusos-eck.de

Gettorf und Umgebung

Ansprechpartner:

Thomas Stegemann

T.Stegemann@spd-online.de

04346410947

Kronshagen

Ansprechpartner:

Lasse Mempel

LasseMempel@web.de

Rendsburg / Büdelsdorf

Ansprechpartner:

Marlon Kruse

marlonkruse@spd-online.de

Absender:

Bitte freimachen

**An den
Juso-Landesverband
Schleswig-Holstein
Kleiner Kuhberg 28-30**

24103 Kiel

„Bet’ und arbeit“ (Bundeslied des ADAV)

Als 1863 der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet wurde, bat sein erster Präsident Ferdinand Lassalle den Dichter Georg Herwegh um ein revolutionäres, anfeuerndes Bundeslied. Im Oktober 1863 übersandte Herwegh dem Freund, den er einige Jahre vorher in Heinrich Heines Wohnung kennengelernt hatte, sein "Bundeslied". Lassalle trug es mit zündender Wirkung auf vielen Versammlungen vor. Diese «erste Hymne des deutschen Proletariats» erlitt das übliche Schicksal: Sie wurde sofort nach Erscheinen verboten und – von den Arbeitern auf Flugblättern illegal verbreitet – immer wieder beschlagnahmt.

1) „Bet’ und arbeit!“ ruft die Welt.
Bete kurz, denn Zeit ist Geld!
An die Türe pocht die Not,
bete kurz, denn Zeit ist Brot!

2) Und du ackerst und du säst,
und du nietest, und du nähst,
und du hämmerst, und du spinnst,
sag, oh Volk, was du gewinnst!

3) Wirkst am Webstuhl Tag und Nacht,
schürfst im Erz- und Kohlenschacht,
füllst des Überflusses Horn,
füllst es hoch mit Wein und Korn.

4) Doch wo ist dein Mahl bereit?
Doch wo ist dein Feierkleid?
Doch wo ist dein warmer Herd?
Doch wo ist dein scharfes Schwert?

5) Alles ist dein Werk! O sprich,
alles, aber nichts für dich!
Und von allem nur allein,
die du schmiedest, die Kette dein?

6) Kette, die den Leib umstrickt,
die dem Geist die Flügel knickt,
die am Fuß des Kindes schon
klirrt, o Volk, das ist dein Lohn!

7) Was ihr hebt ans Sonnenlicht,
Schätze sind es für den Wicht;
Was ihr webt, es ist der Fluch
für euch selbst - ins bunte Tuch.

8) Was ihr baut, kein schützend Dach
Hat’s für euch und kein Gemach;
Was ihr kleidet und beschuht;
Tritt auf euch voll Übermut.

9) Menschenbienen, die Natur,
gab sie euch den Honig nur?
Seht die Drohnen um euch her!
Habt ihr keinen Stachel mehr?

10) Mann der Arbeit, aufgewacht,
und erkenne deine Macht!
Alle Räder stehen still,
wenn dein starker Arm es will!

11) Deiner Dränger Schar erblasst,
wenn du, müde deiner Last,
in die Ecke lehnst den Pflug,
wenn du rufst: Es ist genug!

12) Brecht das Doppeljoch entzwei!
Brecht die Not der Sklaverei!
Brecht die Sklaverei der Not!
Brot ist Freiheit, Freiheit Brot!



Ich möchte weitere Informationen
über die Jusos!